

Yanis Varoufakis: Steht Europa vor einem Jahrhundert der Demütigung?

Yanis Varoufakis ist Ökonom, ehemaliger Finanzminister Griechenlands und Autor zahlreicher Bestseller. Varoufakis erläutert, warum Europa möglicherweise in ein Jahrhundert der Demütigung abgleitet. Folgen Sie Prof. Glenn Diesen: Substack: <https://glennDiesen.substack.com/> X/Twitter: https://x.com/Glenn_Diesen Patreon: <https://www.patreon.com/glennDiesen> Unterstützen Sie die Forschung von Prof. Glenn Diesen: PayPal: <https://www.paypal.com/paypalme/glennDiesen> Buy me a Coffee: buymeacoffee.com/gdieseng Go Fund Me: <https://gofund.me/09ea012f> Bücher von Prof. Glenn Diesen: <https://www.amazon.com/stores/author/B09FPQ4MDL>

#Glenn

Willkommen zurück. Heute ist Yanis Varoufakis bei uns – Professor, ehemaliger Finanzminister Griechenlands und Gründer von DiEM25, der Bewegung Demokratie in Europa. Vielen Dank, dass Sie wieder dabei sind.

#Yanis Varoufakis

Immer ein Vergnügen, Glenn. Wirklich immer ein Vergnügen.

#Glenn

Also, wir sind ja beide Europäer. Ich denke, wir teilen eine gewisse Sorge um die Zukunft des Kontinents. Meine Liste an Kritikpunkten ist allerdings ziemlich lang. Ich schaue oft auf die Neuaufteilung Europas in den neunziger Jahren, mit der NATO-Erweiterung. Dann auf den Umgang mit der globalen Finanzkrise von zweitausendacht, auf das Versäumnis, technologische Souveränität zu entwickeln, und auf die übermäßige Abhängigkeit von den USA. Aber ich würde sagen, in den letzten Jahren ist noch etwas anderes ganz offensichtlich schiefgelaufen. Wir erleben eine wirtschaftliche Stagnation, wenn nicht sogar einen Rückgang, eine deutlich autoritärere EU, und ich denke, am Ende droht eine Art Zerfall. Man sagt mir allerdings oft, ich sei zu pessimistisch. Deshalb wollte ich fragen: Wie sehen Sie das? Was glauben Sie, wohin sich Europa und das europäische Projekt entwickeln?

#Yanis Varoufakis

Also, ich fürchte sehr, dass wir im selben Boot sitzen. Es geht nicht einfach um Pessimismus. Pessimismus hat mit Erwartungen zu tun. Ich glaube nicht, dass es hier um Pessimismus geht. Es geht um eine nüchterne, sehr rationale Einschätzung unserer Lage. Und unsere Lage ist die, dass

Europa sich auf einem Kurs befindet, der zu einer langen Phase des Niedergangs und der Stagnation führt – finanziell, ökologisch und moralisch. In diesem Sinne sitzen wir also tatsächlich im selben Boot. Aber warum passiert das überhaupt? Du hast ja von Autoritarismus und der daraus entstehenden Zersplitterung gesprochen. Schau, Glenn, als die französischen und deutschen Banken direkt nach dem Zusammenbruch der Wall Street im Jahr zweitausendacht pleitegingen, hatten wir in Europa de facto einen Staatsstreich.

Als ich damals dabei war, war ich Finanzminister im Eurogruppenkreis und im Europäischen Rat. Es war völlig klar, dass in dieser Notlage – und es war wirklich eine Notlage – das gesamte Bankensystem, zumindest in der Eurozone, zusammengebrochen war. Die Verantwortlichen versuchten verzweifelt, es wieder flottzumachen und zu retten. Aber nicht so, wie es Anfang der neunziger Jahre in den skandinavischen Ländern passiert ist. Denn damals, wie du ja besser weißt als jeder andere, ist das Bankensystem der skandinavischen Länder – vor allem in Schweden, aber auch in Dänemark, bei Norwegen bin ich mir nicht sicher, das musst du mir sagen – tatsächlich pleitegegangen. Und was dann geschah, war, dass der Staat eingegriffen und sie gerettet hat. Aber er hat damals, zweiundneunzig, nicht die Banker gerettet. Die Banken wurden verstaatlicht und später wieder privatisiert.

Aber was in Europa passiert ist, war Folgendes: Die Verluste der kriminellen Banker aus Frankfurt und Paris, aber auch aus Rom und anderen Städten, wurden auf die Schultern der schwächsten europäischen Steuerzahler abgewälzt – im Rahmen eines regelrechten Staatsstreichs. Denn, wissen Sie, die Parlamente waren nicht beteiligt. Die Menschen wussten von nichts. Niemand wurde gefragt. Es geschah über Nacht. Das war Sozialismus für die Banker – und Sparpolitik, harte Sparpolitik, für alle anderen. Und um diesen Transfer durchzusetzen, Glenn, das habe ich aus nächster Nähe miterlebt. Im Grunde wurde selbst die Europäische Kommission – und niemand kann behaupten, sie sei ein demokratisches Gremium, oder? Ich meine, sie ist eine Bürokratie – selbst die Europäische Kommission wurde beiseitegeschoben.

Glenn, als ich nach Brüssel gereist bin, um über unser Recht zu verhandeln, überhaupt verhandeln zu dürfen – wir haben ja nicht einmal wirklich verhandelt –, da haben wir im Grunde nur um das Recht gerungen, die grundlegenden Rahmenbedingungen der griechischen Volkswirtschaft zu besprechen. Ich kann dir sagen, die Europäische Kommission, damals unter dem Vorsitz von Herrn Juncker, und der damalige EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici, der frühere französische Finanzminister – die spielten keine Rolle. Beide waren eigentlich ziemlich verständnisvoll, sowohl für unsere Position als auch für meine persönliche Haltung. Sie sagen das heute natürlich nicht mehr, sie geben es nicht zu, aber damals, das kann ich dir versichern, haben sie mir gesagt, dass ich recht habe. Nur: Sie waren völlig außen vor.

Es gab da eine Bürokratie, im Grunde eine Art Kabale, die hauptsächlich von Berlin eingesetzt worden war. Und ich will hier ganz konkret werden. Es gibt die Eurogruppe, also das Gremium der Finanzminister, und darunter, zumindest hierarchisch, die sogenannte Euro Working Group. Der Leiter dieser Euro Working Group war jemand, der – Gott weiß wie – ernannt worden war. Sein

Name war Thomas Wieser, ein Österreicher. Und er hatte mehr Macht als Juncker, als Moscovici, ja sogar mehr als die eigentliche Europäische Kommission. Er war dort im Grunde als jemand, der gleich weit entfernt war von der deutschen Kanzlerin und vom deutschen Finanzminister. Denn die beiden, Merkel und Schäuble, lagen miteinander im Streit.

Also, Wieser war der einzige Mann, der beiden nahestand. Und er leitete Europa. Sind sie fertig? Man konnte es spüren. Moscovici hatte Ideen, wie wir die Schuldenkatastrophe in Griechenland lösen könnten. Und eine Zeit lang waren seine Vorstellungen meinen sehr ähnlich. Ich erinnere mich, dass wir beide dachten, wir würden gemeinsam in die Eurogruppe gehen – das hat er mir auch so gesagt – und dort einen gemeinsamen Vorschlag einbringen, der tatsächlich gut gewesen wäre, sowohl für Griechenland als auch für Europa. Und dann, nur fünf Minuten vor der Sitzung, wurde ich Zeuge, wie der europäische Kommissar für Wirtschaft und Finanzen, Moscovici, von seinen eigenen Untergebenen, von Leuten wie Wieser und Dijsselbloem, völlig gedemütigt wurde.

Die völlige Demütigung. Ich meine, der Mann, das war tatsächlich Moscovici, stand direkt vor ihm und war fast den Tränen nahe. So etwas kennen die Europäer eigentlich nicht. Als es richtig krachte, wurde sogar die Europäische Kommission umgangen – zugunsten einiger Leute, von denen niemand je gehört hatte, die aber plötzlich das Sagen hatten. Und die Art, wie sie das Ganze geführt haben, hatte nur ein einziges Ziel: sicherzustellen, dass die Steuerzahler – vor allem die schwächeren, die arbeitenden Menschen in Deutschland, in den Niederlanden, in Griechenland, in Slowenien, in der Slowakei und so weiter – den größten Teil der Last des Bankensektors auf ihre Schultern nehmen mussten.

Und all das geschah im Namen der europäischen Solidarität, der europäischen Werte und der Demokratie. Aber es gab keine Demokratie. Es war einfach völlig, völlig diktatorisch und korrupt. Weißt du, das war damals, zweitausendzehn, elf, zwölf, dreizehn, vierzehn, fünfzehn. Es ist also ein Irrtum zu glauben, alles sei wunderbar gelaufen, wir seien bis vor ein paar Jahren eine Demokratie gewesen, und dann sei plötzlich etwas passiert und die Demokratie sei verloren gegangen. Nein, das war von Anfang an Teil des Ganzen. Im Grunde, Glenn, will ich damit sagen: Jetzt bekommt die Europäische Union die Folgen ihres eigenen Handelns zu spüren.

Weil, wissen Sie, wenn man zynisch diese gigantischen Verluste der Banker auf die Schultern der schwächsten Steuerzahler abwälzt und der Mehrheit Sparpolitik auferlegt – harte Sparpolitik –, während man gleichzeitig Sozialismus für Banker und Finanzleute betreibt, „Sozialismus“ natürlich in Führungszeichen, dann passieren zwei Dinge. Erstens: Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bricht massiv ein. Und wenn die Nachfrage fällt, investieren die Industriellen nicht. Warum sollten sie auch in hochwertige, wertschöpfende Güter investieren, wenn die meisten Menschen kaum Geld haben? Sie zählen ein paar Münzen zusammen, ein paar Euro. Und gleichzeitig drückt die Europäische Zentralbank Billionen, die sie an die Industrie weitergibt – und selbst diese Billionen werden nicht investiert.

Aber sie nehmen diese Billionen natürlich, weil sie sie praktisch geschenkt bekommen – zu fast null Prozent Zinsen. Und sie nutzen das Geld, um ihre eigenen Aktien zurückzukaufen. Dadurch steigen die Vermögenspreise. Alle anderen Preise fallen, auch die Löhne, auch die Renten. Und am Ende, na ja, landet man in einer Stagnation. Und genau das ist der Grund, warum selbst Deutschland gerade deindustrialisiert. Wenn aber Deutschland in einer Eurozone deindustrialisiert, die ja auf dem deutschen Geschäftsmodell basiert, dann beginnt das ganze System zu zerfallen, zu bröckeln. Und am Ende hat man ein politisches Personal, das völlig unfähig ist, eine Position zu formulieren, die mit dem Fortbestand dieser Eurozone überhaupt vereinbar wäre.

#Glenn

Gut, dass Sie Deutschland ansprechen. Denn, wie wir wissen, war Deutschland lange die Lokomotive, die Europa vorangebracht hat. Und über die wirtschaftliche Stärke hinaus galt es auch als ein Land, das aus seiner Geschichte gelernt hatte. Man sagte, es habe die Geschichte überwunden. Nie wieder Krieg. Und wieder: die Demokratie angenommen. Aber jetzt sehen wir, im Herzen der EU, dass Deutschland sich in vielerlei Hinsicht umgekehrt hat. Es deindustrialisiert, wird autoritärer. Wenn ich mich nicht irre, wurde Ihnen sogar verboten, dort zu sprechen – selbst über Zoom. Und außerdem zeigt sich eine deutlich kriegerischere Haltung. Wir sehen das an dem, was in Gaza passiert, am Völkermord. Es gab keinerlei Widerspruch beim Angriff auf den Iran. Mearsheimer hat gesagt, Israel erledige dort die Drecksarbeit. Und natürlich scheint niemand den Krieg gegen, oder mit, Russland beenden zu wollen. Im Gegenteil, man scheint fest entschlossen, weiter zu eskalieren. Wie erklären Sie also diesen gewaltigen Wandel auch in Deutschland? Hat das denselben Ursprung, vielleicht zurückgehend auf die Krise von zweitausendacht?

#Yanis Varoufakis

Ich erinnere mich an ein Gespräch, eines meiner ersten Gespräche mit Wolfgang Schäuble damals – dem inzwischen verstorbenen Wolfgang Schäuble, der zu der Zeit Finanzminister Deutschlands war. Und wissen Sie, er sprach mit mir, als wäre das Problem Griechenland. So nach dem Motto: Wir müssten einfach die bittere Medizin schlucken und die harte Liebe aus Nordeuropa annehmen. Ich versuchte ihm zu erklären: Hören Sie, das, was Sie tun, schadet nicht nur den Menschen in Griechenland. Es schadet auch den Menschen in Deutschland. Denn ich wusste, Sie verhängen Sparmaßnahmen über uns in Griechenland, um Sparmaßnahmen in Deutschland durchzusetzen. Und er stimmte zu. Er sagte: Ja, genau. Denn, wissen Sie, wir können nicht mit den Indern, den Bangladeschis oder den Chinesen konkurrieren. Unser Sozialsystem, unser Rentensystem ist zu großzügig. Unsere Löhne sind zu hoch.

Er hat also zugegeben, dass er den Griechen Sparmaßnahmen auferlegt hat, um das Geld nach Deutschland zurückzuholen. Ich habe gesagt: Schau, das wird eine selbstverschuldete Wunde für dein eigenes Land. Denn mit dieser Austeritätspolitik wird es immer weniger Investitionen geben, und am Ende entsteht Unzufriedenheit. Und die Einzigen, die von dieser Unzufriedenheit profitieren

werden, sind die Rechtsextremen, die Neonazis. Und genau das passiert jetzt. Warum deindustrialisiert Deutschland? Warum kann Volkswagen keine Autos bauen, die mit BYD oder sogar Tesla in den USA konkurrieren können? Die Antwort ist: Weil sie in den letzten fünfzehn Jahren kaum investiert haben. Und warum haben sie nicht investiert? Es lag nicht daran, dass sie kein Geld hatten. Sie hatten mehr als genug. Sie hatten ihre eigenen Mittel, sie hatten Überschüsse. Und sie hatten das Geld, das die Europäische Zentralbank gedruckt und ihnen gegeben hat.

Der Grund, warum sie nicht investiert haben, war, dass die Nachfrage nach Autos mit hoher Wertschöpfung in Europa sehr gering war. Und warum war sie so gering? Wegen Sparpolitik für die Vielen und Sozialismus für die Banker. Das Ergebnis ist jetzt, dass Volkswagen nicht mehr konkurrenzfähig ist. Sie schließen Werke. Und in einem verzweifelten Versuch, die Deindustrialisierung zu bremsen, geben sie, weil sie keine Autos verkaufen können, ganze Produktionslinien an Rheinmetall weiter – den deutschen Rüstungskonzern –, damit dort auf den ehemaligen Volkswagen-Linien Leopard-Panzer gebaut werden. Diese Leopard-Panzer, wie Sie wissen, sind völlig nutzlos. Selbst die Ukrainer wollen sie nicht, weil sie Todesfallen sind.

Aber das, was Rheinmetall herstellt, braucht sehr viel Metall und sehr viel Arbeitskraft. Deshalb versuchen sie verzweifelt, den Prozess der Deindustrialisierung zu verlangsamen, indem sie diese Leopard-Panzer produzieren. Der einzige Weg, wie sie die Produktion dieser Leopard-Panzer rechtfertigen können – und das Ganze durch den Bundestag bringen und sogar Mitglieder der eigenen Partei, der Christdemokraten, überzeugen können, dass das eine gute Idee ist – besteht darin zu sagen: Na ja, wir haben einen Krieg in der Ukraine, also müssen wir wieder aufrüsten. Aber jeder Experte für Kriegsführung und geopolitische Dynamiken wird Ihnen sagen, dass die Leopard-Panzer, die Rheinmetall heute baut, auf dem Schlachtfeld völlig nutzlos sind.

Sie stellen ja nicht einmal die Drohnen her, die eigentlich gebraucht werden. Aber genau das kann Rheinmetall produzieren. Und zweitens, und das ist viel wichtiger: Der Sinn des Ganzen ist, einen Lückenfüller für den Deindustrialisierungsprozess zu finden. In diesem Zusammenhang ist also die Fortsetzung des Kriegs in der Ukraine funktional. Denn nehmen wir mal an, rein hypothetisch, dass sich Selenskyj und Putin morgen früh versöhnen würden – warum sollten sie dann weiter Leopard-Panzer bauen und sie an die Bundeswehr, an die griechische Armee und so weiter verkaufen? Sie hätten ja keinen Vorwand mehr dafür. Und da sie keine Industriepolitik haben, keinen Plan, um den Deindustrialisierungstrend zu stoppen, ist der Krieg in der Ukraine – und seine Fortsetzung – so etwas wie eine Art Lösung.

#Glenn

Ja, genau, und deshalb wollte ich auch fragen: Was hält diese siebenundzwanzig EU-Mitgliedsstaaten heute eigentlich noch zusammen? Denn als geökonomisches Projekt sehe ich in der EU großes Potenzial. Mit ihrer gemeinsamen Verhandlungsmacht könnte die EU im Grunde Europa vertreten. Wir könnten neben den USA, Russland, China und Indien als eine der großen Mächte auftreten. Aber es scheint, als hätte sich die EU inzwischen von einem geökonomischen zu einem geopolitischen

Projekt entwickelt. Und bei diesem geopolitischen Projekt, so scheint es, hängt unsere Einheit – wie Sie angedeutet haben – stärker davon ab, Russland militärisch auszubalancieren. Aber das bedeutet, dass der wirtschaftliche Vorteil der EU verloren gegangen ist.

Das heißt, wir haben uns vom russischen Markt abgeschnitten, vor allem bei der Energie. Wir schicken unser Geld und unsere Waffen in die Ukraine. Und das, was vom Geld übrig bleibt, müssen wir für furchtbare Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten ausgeben. Denn solange der Krieg andauert, sind wir in übermäßigem Maß sicherheitspolitisch von den USA abhängig – und sie wissen genau, wie sie das in Loyalität umwandeln können. Zum Beispiel, als von der Leyen auf Trumps Golfplatz erscheinen und dieses schreckliche Handelsabkommen unterschreiben musste, weil sie wissen, dass man so etwas eben tun muss. Aber nochmal: Jeder kann in einer furchtbaren sicherheitspolitischen Lage stecken, in der so etwas einfach notwendig ist.

Aber wenn man bedenkt, dass die EU nicht einmal bereit ist, den Hörer in die Hand zu nehmen, um mit den Russen zu sprechen und nach einem diplomatischen Ausweg zu suchen – irgendeine Möglichkeit, die europäische Sicherheitsarchitektur zu reformieren, irgendetwas in der Richtung –, dann frage ich mich: Was hält uns eigentlich noch zusammen? Denn was ich sehe, ist, dass die EU sich selbst für Scheinsiege feiert. Alle Konflikte werden als Kampf zwischen Gut und Böse dargestellt, damit es nicht zu viel Widerspruch gibt. Jede Form von Widerspruch gilt dann als Populismus – oder als falsches Abstimmungsverhalten, das man eben wiederholen muss. Es geht mehr um die Kontrolle der Erzählung als um offene Debatten. Ich frage mich einfach: Wie sehen Sie das? Was wird die EU in den kommenden Jahren eigentlich noch zusammenhalten, jetzt, wo sie sich offiziell als geopolitisches Projekt versteht?

#Yanis Varoufakis

Also, es gibt da verschiedene Ebenen, oder? Die meisten Europäer mögen die Idee eines gemeinsamen europäischen Raums. Studierende lieben das Erasmus-Programm, bei dem man ein halbes Jahr in einem anderen Land, an einer anderen Hochschule verbringen kann. Sie schätzen die Freizügigkeit, und das ist völlig nachvollziehbar. Ich persönlich mag das auch. Aber wissen Sie, wir Europäer leben in einem Mythos – dem Mythos, dass die Europäische Union eine europäische Schöpfung war, um den Krieg zu beenden und die Europäer zu vereinen. Dieses Ziel ist absolut echt, aber so ist die Europäische Union nicht entstanden. Sie wurde als ein Kartell der Großunternehmen geschaffen, und das geschah unter der Aufsicht der Vereinigten Staaten.

Die New Dealer nach den vierziger Jahren – und sogar die republikanische Regierung der fünfziger Jahre – waren tatsächlich dafür verantwortlich, die europäischen Gemeinschaften für Kohle und Stahl wie ein Kartell zu entwerfen. Und, wissen Sie, das war völlig mit der NATO verflochten. Es war ein Projekt, um sicherzustellen, dass die Vereinigten Staaten die Kontrolle über Europa behalten. In vieler Hinsicht war es ein koloniales Projekt, an dem die herrschenden Klassen Europas natürlich sehr gern teilgenommen haben. Ihre Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten war das A und O der Europäischen Union. Der Mangel an europäischer Souveränität gegenüber den USA, die völlige

Unterordnung unter die Vereinigten Staaten, unter die NATO und so weiter – all das war von Anfang an fest in die DNA der Europäischen Union eingebettet.

Wenn man sich die ersten beiden Jahrzehnte der Europäischen Union anschaut, also die fünfziger und sechziger Jahre, dann fällt das zusammen mit dem Bretton-Woods-System. Dieses System bedeutete im Grunde, dass der Dollar unsere gemeinsame Währung war. Wir gehörten zur Dollarzone. Es gab feste Wechselkurse, und alles wurde von Washington, D.C. gesteuert. Wenn man also auf das deutsche Wirtschaftswunder blickt, dann entstand es, weil die Vereinigten Staaten den makroökonomischen Rahmen bereitstellten, innerhalb dessen die deutsche Industrie zu einer der Säulen des amerikanischen Dollars wurde. Ähnlich war es mit Japan, auf der anderen Seite der Welt, in Ostasien.

Und dann kam der sogenannte Nixon-Schock im Jahr neunzehnhunderteinundsiebzig, als die Vereinigten Staaten aufhörten, ein Überschussland zu sein. Und deshalb beschlossen sie, um die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Bevölkerung und des industriellen Sektors gegenüber Deutschland, aber auch gegenüber Japan, wiederherzustellen, den Dollar abzuwerten und das System fester Wechselkurse zu beenden. Und dann, wissen Sie, dieser Übergang vom Bretton-Woods-System hin zur Finanzialisierung und zum Neoliberalismus – das hat die Art und Weise umgekehrt, wie Überschüsse und Defizite zwischen den Vereinigten Staaten und Europa recycelt wurden. Trotzdem stellten die Vereinigten Staaten weiterhin die makroökonomische Stabilität und das Umfeld bereit, in dem die deutsche und die niederländische Industrie – und in gewissem Maße auch die französische und die italienische – funktionieren konnten.

Europa war also immer völlig abhängig von der Großzügigkeit der Vereinigten Staaten, um die Bedingungen zu schaffen, unter denen die europäischen Industriellen, die europäischen Eliten, sich als herrschende Klasse überhaupt erhalten konnten. Und genau da kommt das Jahr zweitausendacht ins Spiel. Mit dem Zusammenbruch der Wall Street begann ein Prozess, durch den Europa im Grunde seinen „Exit“ hatte – also den Rauswurf aus der Dollarzone. Es hat lange gedauert, bis sie das überhaupt begriffen haben. Aber mit dem Kollaps der Wall Street haben die Vereinigten Staaten, über die Federal Reserve und ihre Swap-Linien, erneut das europäische Bankensystem gerettet – die Europäische Zentralbank und so weiter. Trotzdem begann damit die Entkopplung Europas von den Vereinigten Staaten. Und darauf waren die europäischen Eliten, die herrschenden Klassen, einfach nicht vorbereitet. Und sie leugnen es bis heute.

Donald Trump wird jetzt überall in Europa von zentristischen Stimmen als der Mann dargestellt, der die besondere Beziehung zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zerstört hat. Das stimmt einfach nicht. Was wirklich passiert ist: Donald Trump ist einfach unhöflicher als seine Vorgänger. Ich erinnere mich sehr gut, unter Obama hatte ich ein Gespräch mit Jack Lew, seinem Finanzminister, also dem US-Finanzminister. Und er hat zugegeben, dass wir beide einer ziemlich harten Einschätzung der Europäischen Union zustimmten. Ich erinnere mich noch genau, wie sie sagten, Europa exportiere Deflation in die Vereinigten Staaten – wegen des großen Handelsüberschusses, den die EU gegenüber den USA hat.

Das war die Obama-Regierung, die das gesagt hat – sehr höflich natürlich, und eher mit leiser Stimme. Aber im Grunde ist es das Gleiche, was Trump gesagt hat, nur dass Trump es laut herausgeschrien hat, von den Dächern sozusagen. Und er hat das mit seinen Zöllen auch durchgesetzt. Die europäischen Eliten, vor allem die deutschen, weigern sich anzuerkennen, dass das makroökonomische Umfeld, das zwischen neunzehnhundertfünfundvierzig und zweitausendacht von den Vereinigten Staaten in ihrem Interesse gesteuert wurde – solange sie die Rolle spielten, die die USA für sie vorgesehen hatten – dass dieses Umfeld nicht mehr existiert.

Und weil sie immer, wirklich immer, psychologisch genauso wie finanziell und institutionell völlig von der NATO und von den Vereinigten Staaten abhängig waren, können sie sich einfach keine Situation vorstellen, in der die Europäische Union eine eigene geoökonomische oder geostrategische Position entwickelt. Wenn man sich zum Beispiel die Ukraine anschaut: Angela Merkel war nie dafür, Russland zu dämonisieren oder die NATO bis in die Ukraine auszudehnen. Als die Obama-Regierung unter Außenministerin Nuland genau das tat und verschiedene Regierungen in der Ukraine zusammenstellte, gab es all diese Machenschaften, die schließlich zum Maidan führten – und im Grunde hätte das Ganze auch gegen Janukowytsch scheitern können.

Die Deutschen waren dagegen. Und tatsächlich wurde Nuland selbst von WikiLeaks mit den Worten zitiert: „Scheiß auf die Europäer.“ Aber nach und nach haben sich die Europäer dieser Idee angeschlossen, dass Russland sozusagen der neue Hitler ist, der neue Feind. Und dass man Europas Souveränität – oder den Anspruch auf Souveränität – im Gegensatz zu Russland definieren müsse. Damit lässt sich dann rechtfertigen, was auch immer nötig ist, um innerhalb Europas einen Schritt hin zu mehr Autoritarismus zu machen – als angeblich notwendige Reaktion auf den russischen Bären, auf die russische Bedrohung. Und am Ende, na ja, ist das Ganze funktional geworden für Rheinmetall, für ihren Versuch, die Deindustrialisierung zu verlangsamen.

Das ist jetzt sozusagen der Daseinszweck der Europäischen Kommission. Und auch der Daseinszweck des Rates der Europäischen Union. Aber, wissen Sie, da steckt auch eine gehörige Portion Zynismus drin. Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel, Glenn. Und das liegt mir persönlich sehr am Herzen, weil es meine Heimat betrifft. Die griechische Regierung. Die Regierung von Premierminister Mitsotakis. Er steht voll und ganz hinter der NATO-Linie, also hinter der dominanten Position in der Europäischen Union, dass die Ukraine den Krieg gewinnen muss und der NATO beitreten soll. Wenn man ihn aber fragt: „Okay, und wie soll die Ukraine den Krieg gewinnen?“, dann hat er keine Antwort. Und er macht sich nicht einmal die Mühe, eine zu geben. Weil es ihn schlicht nicht interessiert. Es interessiert ihn nicht, was in der Ukraine passiert.

Er kümmert sich nicht um die Zukunft Europas. Alles, was ihn interessiert, ist, seine eigene Machtbasis in Griechenland zu sichern. Jetzt, du, ich und unser Publikum – wir haben seit Jahren mitverfolgt, wie Orbán in den Machtzentren in Brüssel, in Frankfurt, in Paris und in Berlin dargestellt wurde. Ich habe keinerlei Sympathie für Orbán. Politisch bin ich völlig gegen seinen Ethno-Nationalismus, gegen seinen Quasi-Faschismus und all das. Aber es gibt eine Beobachtung, auf die

ich hinauswill. Orbán wurde von Brüssel heftig kritisiert – wegen Korruption, wegen der Einschränkung der Pressefreiheit, wegen der Zweckentfremdung von EU-Geldern, all dieser Dinge. Und jetzt hat Mitsotakis, mein Premierminister hier in Griechenland, genau dasselbe getan. Und ehrlich gesagt, noch schlimmer. Das Ausmaß der Korruption in dieser Regierung ist größer als bei Orbán.

Er wurde auf frischer Tat ertappt – beim Abhören von Gesprächen seiner eigenen Kabinettsmitglieder, von Oppositionsführern, sogar von Mitgliedern der Streitkräfte. Er wurde erwischt. Das ist keine Anschuldigung, er hat es im Parlament zugegeben. Und trotzdem ist nichts passiert. Niemand in Brüssel, weder bei der NATO noch in der Europäischen Union, hat ihn kritisiert – so wie sie Orbán kritisieren. Warum? Warum haben sie ihn nicht kritisiert, obwohl er genau das Gleiche tut wie Orbán im eigenen Land? Nun, der Grund ist, dass er – also gut, hören Sie, ich bin völlig dafür, dass die Ukraine der NATO beiträgt, und natürlich sollten wir alle die Ukraine unterstützen, bis sie Moskau einnimmt oder was auch immer für absurde Aussagen derzeit aus Europa kommen über den Krieg zwischen Russland und der Ukraine, diesen tragischen Krieg.

Worauf ich eigentlich hinauswill, ist Folgendes: Es gibt Interessen wie bei Rheinmetall – knallharte finanzielle Interessen –, die wollen, dass der Krieg in der Ukraine ewig weitergeht. Einfach, um weiter Geld zu bekommen, um Panzer zu bauen, die niemand will, nicht einmal die Ukrainer. Auf Produktionslinien, die Volkswagen gar nicht mehr braucht, weil sie mit dem Autoverkauf nicht mehr mithalten können. Dann gibt es die Leute, bei denen, na ja, eine ideologische Trägheit entstanden ist, ein ideologischer Schwung. Wenn man einer ganzen Bevölkerung über viele Jahre erzählt, dass Russland besiegt werden muss, dann wird das irgendwann zu einer sich selbst erhaltenden Ideologie. Und schließlich gibt es noch den Zynismus von Leuten wie dem griechischen Premierminister, denen weder Selenskyj noch Putin oder sonst irgendetwas wirklich wichtig ist.

Sie wollen einfach nur ihre Macht in ihrem kleinen Zuständigkeitsbereich behalten – in diesem Fall ist das eben Griechenland. Aber es geht nicht nur um Griechenland. In Mailand, in Italien, ist es dasselbe: Sie wollen ihre eigene kleine Welt kontrollieren. Und wenn das bedeutet, dass sie das Narrativ aus Brüssel übernehmen müssen – dass die Ukraine gewinnen muss –, auch wenn sie in Wirklichkeit nichts Konkretes dazu beitragen, dass die Ukraine tatsächlich gewinnt, dann machen sie eben mit. Das ist Komplizenschaft. Es ist ideologisch, selbstverstärkend... und dann kommt noch dieser Zynismus dazu: Wir wiederholen einfach all den Unsinn, der aus Brüssel kommt, solange man uns erlaubt, unser eigenes Volk auszubeuten.

#Glenn

Also, wenn man sich anpasst, ist man geschützt. Wenn man sich Brüssel widersetzt, dann wird man dafür zur Rechenschaft gezogen. Genau. Aber es scheint, als müsste man über das Thema Rationalität wirklich sprechen. Sie haben Präsident Obama erwähnt – er war ja derjenige, der zuerst für diese sogenannte „Hinwendung nach Asien“ geworben hat. Und das wirkte damals wie ein stilles Eingeständnis, dass eine multipolare Welt auf uns zukommt. Das heißt, wenn die USA nicht überall

gleichzeitig sein können, müssen sie Prioritäten setzen – also, wo wollen sie präsent sein? Ich denke, Trump hat das auf seine grobe Art sehr deutlich gemacht. Nämlich, dass sich die USA auf die westliche Hemisphäre, also ihren eigenen Hinterhof, und auf Ostasien konzentrieren müssen, wo ihr gleichrangiger Rivale sitzt.

Aber es scheint, als wollten sie sich an die multipolaren Realitäten anpassen und ihre Präsenz in Europa und im Nahen Osten verringern. Für die Europäer wäre es allerdings logisch, wenn sie wirklich autonomer werden wollen, irgendwann wieder einen Weg zu finden, mit Russland zusammenzuarbeiten – um diese Spaltung Europas zu überwinden. Das wäre wichtig, sowohl für ihre eigene Wirtschaft und Sicherheit, als auch, um den Kontakt zu anderen Großmächten zu stärken. Ich meine, China, Indien – sie sollten natürlich weiterhin gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten haben, aber sie können nicht alles auf eine Karte setzen. Vor allem nicht, wenn dieses Land gar nicht mehr so sehr in Europa präsent sein will. Das ergibt einfach keinen Sinn.

Aber nochmal, die Annahme hier ist ja, dass alle Staaten rational handeln, also entsprechend dieser internationalen Machtverteilung. Aber Sie waren ja Finanzminister, Sie haben dort mit den europäischen Eliten zu tun gehabt. Wie ist Ihr Eindruck? Denn als ich zum Beispiel gesehen habe – wir haben ja über Orbán gesprochen, der versucht hat, auf Diplomatie zu setzen, sich mit Selenskyj und Putin getroffen hat – da wurde er bestraft. Die EU scheint Energiesicherheit so zu definieren, dass man einen wichtigen Lieferanten abschneidet, statt möglichst viele Lieferanten zu haben. Es ist wirklich schwer zu erkennen, welche Logik oder Strategie dahintersteckt. Ja. Haben Sie denselben Eindruck, wenn Sie mit Leuten in der EU sprechen? Oder gibt es da vielleicht andere Ziele, die ich übersehe?

#Yanis Varoufakis

Nein, ich glaube nicht, dass es da irgendwelche Ziele gibt. Ich denke, sie haben einfach überhaupt keinen Plan. Und sie haben keinen Plan, weil – wenn deine industrielle Basis, dein Wirtschaftsmodell, dein Geschäftsmodell scheitert, und du nicht die nötigen Hebel hast, um das Ganze wieder zusammenzubringen – dann stehst du genau da, wo wir in Europa standen. Wir haben gemeinsames Geld geschaffen. Wir haben unsere Währung vereinigt, aber ohne eine gemeinsame Staatskasse. Und dann hatten wir zwanzig nationale Finanzministerien, aber keine Zentralbank, die ihnen den Rücken stärkt. Diese nationalen Finanzministerien müssen sich um ihre Bankensysteme, ihre Industrie und ihre Stromnetze kümmern, ohne dass eine Zentralbank hinter ihnen steht. Das ist ein katastrophales Konstrukt. In den guten Jahren, am Anfang, also zweitausend, zweitausendeins, zweitausendzwei, als das Ganze gerade entstanden ist, da lief alles noch ganz reibungslos.

Also, es ist ein bisschen so, stell dir ein wunderschönes Flussschiff vor, mit dem du versuchst, den Atlantik zu überqueren. Wenn das Wetter schön ist, sieht es großartig aus. Aber in dem Moment, in dem der erste Sturm aufzieht, fängt es an, Wasser zu lassen, oder? Und dann beginnt es zu sinken. Und du gerätst in Panik. Ich glaube, genau das ist der Zustand Europas. Sie haben das nicht zu Ende gedacht. Sie hatten keinen Plan dafür, was passieren würde, wenn die Wall Street zusammenbricht –

so wie im Jahr zweitausendacht. Wer rettet dann die Banken? Unter welchen Bedingungen? Wird es eine Bankenunion geben? Sie haben sich dagegen gewehrt. Und sie wehren sich immer noch. Wir haben eine Bankenunion ohne gemeinsame Einlagensicherung. Das ist einfach erbärmlich. Es ist wirklich unfassbar. Kannst du dir eine Bankenunion ohne gemeinsames Einlagensystem vorstellen? Also, mit anderen Worten, lass mich dir noch ein anderes Bild geben – nicht das vom schönen Flussschiff.

Das ist, als würde man die Stoßdämpfer aus dem Auto ausbauen und dann in ein Schlagloch fahren. Das endet in einer Katastrophe. Und natürlich gerät man dann in Panik, weil man nur noch ein Wrack von einem Auto hat. Genau in dieser Lage befinden wir uns jetzt. Und weißt du, Glenn, aus wirtschaftlicher Sicht war das völlig und absolut vorhersehbar. Nicholas Kaldor, der bekannte Ökonom aus Cambridge, der schon lange verstorben ist, hat neunzehnhundert-siebzig einen Artikel im New Statesman geschrieben. Damals, also neunzehnhundert-siebzig, war schon klar, dass das Bretton-Woods-System nicht ewig bestehen würde. Die festen Wechselkurse würden verschwinden. Und damit war klar, dass Europa in Schwierigkeiten geraten würde, weil die Europäische Union ein System fester Wechselkurse brauchte – denn sie war im Grunde ein Kartell der Großunternehmen.

Kartelle brauchen eine gemeinsame Währung oder zumindest feste Wechselkurse. Sonst wird das Ganze schwierig. Wenn die Währungen anfangen, rauf und runter zu gehen, destabilisiert das das Kartell – und das lebt ja davon, sich auf Quoten und Preise zu einigen. Um also diese Preisschwankungen zu verhindern, die das Kartell ins Wanken bringen, brauchte man feste Wechselkurse. Genau das war die Idee hinter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und später der Europäischen Union. Nicholas Kaldor hat damals vorausgesehen, dass die Europäer versuchen würden, die Wechselkurse zu fixieren, dass das aber scheitern würde. Und dass sie deshalb eine Währungsunion schaffen würden – also eine gemeinsame Währung wie den Euro. Er schrieb 1970 im *New Statesman*, dass es ein großer Fehler sei, zu glauben, man könne eine Währungsunion als Zwischenschritt zu einer politischen Union aufbauen.

Das wird nicht funktionieren, weil die Währungsunion eine derart toxische Krise auslösen wird, dass es danach politisch unmöglich sein wird, sich zu vereinen, also eine politische Union zu schaffen. Und genau das ist ja passiert. Nehmen wir jetzt Emmanuel Macron. Emmanuel Macron will eine politische Union. Zumindest hat er mir einmal gesagt, dass er sie will – und dass er sie sich verzweifelt wünscht. Und es gibt auch in Deutschland einige, die eine politische Union wollen. Aber versuchen Sie mal, mit den Menschen in Frankreich oder in Deutschland darüber zu sprechen. Sagen Sie ihnen, dass wir mehr Europa brauchen. Jedes Mal, wenn sie „mehr Europa“ hören, ist das für sie so, als würden Iraker von westlichen Politikern die Worte „mehr Demokratie“ hören.

Sie verstecken sich unter dem Tisch, weil für Iraker gilt: Wenn die Westler ihnen mehr Demokratie versprechen, dann fangen die Bomben an, vom Himmel zu fallen. Ähnlich ist es bei den Europäern. Wenn man ihnen heute sagt, man wolle mehr Europa, dann sagen sie: „Aha, also mehr Sparpolitik“, richtig? Das ist es, was man ihnen damit eigentlich sagt. Weniger Freiheiten, weniger Demokratie. Denn genau das ist passiert, nachdem zuerst die Währungsunion geschaffen wurde – und man dann

die Folgen zu spüren bekam. Ich glaube also nicht, dass sie einen Plan haben. Was die Ukraine betrifft: Ich spreche mit Leuten, die wirklich glauben, Putin sei der neue Hitler. Sie glauben das ernsthaft. Und sie haben große Angst.

Also hab ich zu ihnen gesagt: Okay, passt auf, ich werde euch nicht davon abbringen. Ich persönlich mag Putin nicht besonders. Aber, wenn ihr wirklich glaubt, dass Putin der neue Hitler ist – warum schicken wir dann keine Truppen, um ihn zu besiegen, ihn in den Bunker zu treiben und ihn zum Selbstmord zu zwingen oder ihn nach Nürnberg zu schleppen? Wenn ihr denkt, er ist der neue Hitler, dann schickt ihr keine Truppen dorthin. Ihr schickt auch kein Geld, jedenfalls kein ernstzunehmendes. Ich meine, sie haben jetzt neunzig Milliarden geliehen. Es hat anderthalb Jahre gedauert, bis sie sich überhaupt auf dieses Abkommen geeinigt haben. Und diese neunzig Milliarden sind schon ausgegeben. Was wollen sie also nächstes Jahr machen?

Noch mal neunzig Milliarden leihen? Das wollen sie nicht. Es ist ja nicht so, dass sie sagen: „Oh, schaut mal, wir haben Hitler, den neuen Hitler, in Gestalt von Wladimir Putin, und jetzt nehmen wir fünfhundert oder sechshundert Milliarden und geben sie den Ukrainern.“ Sie haben also keinen Plan, wie man den Krieg gewinnen kann – wie die Ukraine den Krieg gewinnen kann. Aber sie haben auch keinen Plan für den Frieden. Wissen Sie, ich kämpfe jetzt seit Jahren, seit vier Jahren, politisch darum, eine Agenda für Frieden und Sicherheit in Europa, in der Ukraine und in Russland vorzulegen. Und jedes Mal, wenn ich das tue, werde ich dämonisiert, als Putins Dienerin, als Putins Handlangerin, als Putins Gefolgsfrau dargestellt.

Weißt du, jeder, der es wagt, über eine Friedens- und Sicherheitsagenda mit Russland zu sprechen, die den Krieg in der Ukraine auf friedlichem Weg beenden würde, wird sofort aus dem Raum geworfen, dämonisiert, fertiggemacht – so wie Leute wie ich, und ich vermute, du auch. Es gibt also keinen Plan für den Krieg und keinen Plan für den Frieden. Warum sollten dann die Chinesen, die Inder oder auch die Mexikaner Europa ernst nehmen? Denn die Chinesen, die Inder, die Bangladeschis, die Afrikaner – sie alle wollen ein Ende des Krieges in der Ukraine, genauso wie sie ein Ende des Krieges im Iran wollen, weil das ihre Lebensgrundlagen negativ beeinflusst. Aber sie sehen, dass Europa keinen Kriegsplan hat und keinen Friedensplan. Warum also sollten sie sich für Europa interessieren?

#Glenn

Das ist eine sehr gute Frage. Das hat mich in Europa auch verwirrt – sie setzen im Grunde die Diplomatie aus, so wie sie es getan haben. Aber ich habe das Gefühl, dass in Europa im Moment alles nur noch normative Argumente sind. Man redet ständig darüber, wie man sich die Welt wünscht, statt wirklich etwas zu tun, so wie sie tatsächlich ist. Ich möchte kurz auf das eingehen, was du über die EU gesagt hast – dass sie jetzt ein Kartell großer Unternehmen sei. Denn das, was du beschreibst, wird oft als „halb gebautes Haus“ bezeichnet. Der Gedanke dahinter ist, dass man

normalerweise zuerst eine politische Union schafft, dann eine Fiskalunion, und danach eine Währungsunion – so ähnlich, wie es die Vereinigten Staaten gemacht haben. Aber die EU ist den umgekehrten Weg gegangen.

Zuerst einmal: Die Währungsunion würde irgendwann zwangsläufig auf Konflikte oder Probleme stoßen, die dann eine Fiskalunion erzwingen würden. Und diese wiederum würde eine politische Union nach sich ziehen. Aber all das setzt voraus, dass die EU – wie Sie es angedeutet haben – quasi in einer Krise geboren wird. Das eigentliche Problem ist aber: Man kann „mehr Europa“, wie es oft heißt, schwer verkaufen, wenn es nicht funktioniert. Wir haben jetzt diese Probleme, die sich über Jahre aufgebaut haben. Dazu kommen der Krieg in der Ukraine, der Krieg im Nahen Osten, das nachlassende Interesse der Vereinigten Staaten an Europa, die Bankenkrise... Was bedeutet das also für die Zukunft Europas? Ist Europa am Ende? Oder sehen Sie irgendeinen Ausweg, irgendeine Chance auf Erholung?

#Yanis Varoufakis

Leider sehe ich keinen Ausweg. Deshalb habe ich vorhin schon gesagt, dass wir in eine sehr lange Phase der Stagnation eintreten, eine sehr lange Phase des Niedergangs. Ich glaube, der Historiker der Zukunft – vor allem der Wirtschaftshistoriker – wird die Krise von zweitausendacht als den Beginn eines halben Jahrhunderts, vielleicht sogar eines ganzen Jahrhunderts europäischen Niedergangs sehen. Ich hoffe wirklich, dass ich mich irre. Ich wünsche mir aufrichtig, dass ich mich irre. Aber ich sehe nicht, wie sich das verhindern ließe. Ich bin nicht sofort in diese pessimistische, negative Haltung verfallen. Direkt nach zweitausendacht, zweitausendneun, zweitausendzehn habe ich gekämpft. Ich habe meinen Standpunkt verteidigt, indem ich Vorschlag um Vorschlag eingebracht habe, wie man das umkehren könnte. Es gab viele Wege, das zu tun.

James Galbraith und ich, zusammen mit anderen Ökonomen, haben damals den sogenannten „Modest Proposal“ vorgelegt – und Stuart Holland, ein britischer Politiker und Ökonom, ein großartiger Ökonom, war ebenfalls dabei. Also: Holland, Galbraith und ich haben seit zweitausendacht, zweitausendneun, diesen sogenannten „Modest Proposal“ zur Lösung der Eurokrise vorgeschlagen. Die Idee war eigentlich ganz einfach: Wir wollten eine Art Föderation simulieren, obwohl es keine gab. Und zwar, indem wir die Europäische Investitionsbank als zentrale Säule für Wachstum, Forschung und Entwicklung nutzen – durch Anleihen, die die EIB, also die Europäische Investitionsbank, ausgeben sollte, unterstützt von der Europäischen Zentralbank. Das hätte uns die Möglichkeit gegeben, den Niedergang, die Zersplitterung und die ständigen Rettungspakete zu stoppen – um Raum zu schaffen für die dringend notwendige Diskussion über eine politische und fiskalische Union.

Und in dem Teil stand neun-neun-neun-neun. Und dann, als ich Finanzminister war, habe ich denselben Vorschlag in ähnlicher Form bei ECOFIN eingebracht, also bei den Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister in der Eurogruppe. Die Leute von der Europäischen Investitionsbank, darunter auch der deutsche Präsident Werner Hoyer, waren davon sehr begeistert. Aber die deutsche

Regierung hat Nein gesagt. Und die Leute in der Europäischen Kommission, oder im Umfeld der Kommission – die Kommission, die ich vorhin erwähnt habe – Leute wie Thomas Wieser und Eisner und so weiter, also dieses bürokratische, etwas undurchsichtige Regierungssystem Europas, die waren fest entschlossen, diese Ideen zu verhindern und stattdessen Sparpolitik durchzusetzen.

Sparpolitik ist ein bisschen wie eine riesige Dosis Kortison bei einem Krebspatienten. Man denkt, es wirkt. Der Patient erholt sich ein wenig, wirkt lebendiger, aber der Krebs arbeitet weiter unter der Haut. Und genau das ist passiert. Jetzt feiern sie also das Ende der Eurokrise. Aber die Eurokrise ist nie verschwunden. In meinem Land zum Beispiel – die Finanzzahlen sehen fantastisch aus, alles wirkt glänzend. In Griechenland lacht man sich sprichwörtlich auf dem Weg zur Bank kaputt. Man kauft notleidende Kredite für fünf Prozent ihres Werts, verkauft sie für fünfzig, und hat damit das Zehnfache dessen verdient, was man investiert hat.

Sie kaufen griechische Anleihen. Nun, die Europäische Zentralbank unterstützt sie ja. Aber all das ist auf Kosten von achtzig Prozent der Bevölkerung passiert, die heute in noch größeres Elend geraten sind als je zuvor. Und, wissen Sie, es gibt negative Nettoinvestitionen. Also, das ist es, was sie tun. Sie tun alles, was sie können. Sie werden alles verändern, nur um sicherzustellen, dass sich nichts verändert – in einem Europa, das dringend Veränderung braucht. Und genau das führt zu dem, worüber wir beide gesprochen haben: diesem ständigen Niedergang. Wir fallen überall zurück. Wir produzieren keine grüne Energie. Solarpaneele, einst eine großartige deutsche Erfindung, werden hier gar nicht mehr hergestellt, weil die Chinesen sie viel besser und viel billiger produzieren.

Und es ist nicht so, dass das Dumping wäre. Sie haben ziemlich hohe Gewinnraten. Der Punkt ist, sie haben Technologien entwickelt, in die Europäer einfach nicht investiert haben. Wir können Elektroautos bauen, aber wir bauen stattdessen Leopard-Panzer. Wir haben keinerlei Investitionen in das, was ich Cloud-Kapital nenne, in algorithmisches Kapital, in künstliche Intelligenz. All die Zukunftstechnologien sind an uns vorbeigegangen. Und gleichzeitig haben wir politische Zwerge, die das Sagen haben. Wir haben Ursula von der Leyen, die freie Hand bekommen hat, und sie tut Dinge, die den Interessen Europas ganz eindeutig schaden.

Ich möchte Sie daran erinnern: Als Donald Trump gewählt wurde, ist sie kurz danach nach Schottland geflogen und hat ihn dort getroffen – Donald Trump, den Präsidenten der Vereinigten Staaten – auf einem Golfplatz, der Donald Trump gehört. Und dort hat sie ein völlig absurdes Handelsabkommen mit den USA unterzeichnet, bei dem, na ja, Europa alles gegeben und nichts bekommen hat. Und nicht nur das – sie hat Donald Trump ein Versprechen gegeben, ein feierliches Versprechen. Und wissen Sie, wenn man Donald Trump etwas verspricht, dann sollte man besser liefern. Denn wenn man das nicht tut, wird er richtig verärgert, und er kann sehr unangenehm werden, wenn er verärgert ist. Und sie hat ihm siebenhundert Milliarden Euro an Investitionen in die Vereinigten Staaten versprochen. Dabei hat die Präsidentin der Europäischen Kommission dieses Geld gar nicht zur Verfügung.

Sie hat kein Budget dafür. Sie kann keinen Scheck über siebenhundert Milliarden an die Vereinigten Staaten schicken, um ihn dort zu investieren. Sie hat weder das Mandat noch die Mittel dafür. Also hat sie ein Versprechen abgegeben, das sie gar nicht halten konnte – in der Hoffnung, dass die deutsche Industrie, aus Angst vor Zöllen, ihre Produktionslinien verlagert. Zum Beispiel Busfertigung, Mercedes-Benz, Siemens, Krupp-Thyssen – all das in die USA. Und das ist, wohlgemerkt, die Präsidentin der Europäischen Kommission, die so etwas tut. Wenn ich also sage, dass wir in eine neue Phase eingetreten sind – ja, so wie China einst hundert Jahre der Demütigung und des Niedergangs erlebt hat – dann denke ich, genau da steht Europa jetzt. Wir sind erst am Anfang davon.

#Glenn

Ein Jahrhundert der Demütigung. Naja, es war eigentlich nur wirtschaftliche Stagnation, aber all dieser wirtschaftliche Zusammenbruch und die politischen Fehlentwicklungen passieren auch in einer sehr entscheidenden Phase der Menschheitsgeschichte – mit dieser neuen industriellen Revolution und dem Entstehen einer wirklich globalen, multipolaren Welt, zum ersten Mal überhaupt. Es ist also kein guter Moment, um auf diese Weise zurückzufallen. Wie auch immer, ich glaube, wir sind schon über der Zeit. Haben Sie noch ein abschließendes Gedanken oder etwas, das Sie zum Schluss sagen möchten?

#Yanis Varoufakis

Also, hören Sie, ich möchte nicht, dass die Leute mit einem bitteren Nachgeschmack zurückbleiben. Nur weil die Dinge im Moment so aussehen, als würden sie auf ein Jahrhundert der Demütigung hinauslaufen, heißt das nicht, dass es so kommen muss. Das Schöne an menschlichen Gesellschaften ist, dass sie ganz anders sind als das Wetter. Das Wetter ist völlig egal, was wir darüber denken. Aber wenn es um gesellschaftliche oder historische Entwicklungen geht, dann sind wir es, die sie bestimmen. Wenn wir also unsere Haltung ändern und gemeinsam, vernünftig handeln, dann können wir dieses Jahrhundert der Demütigung verhindern. Genau deshalb bin ich noch in der aktiven Politik. Und deshalb verliere ich auch nicht die Hoffnung – obwohl ich nicht optimistisch bin, denn unter diesen Umständen kann nur ein Narr optimistisch sein. Aber ich verliere die Hoffnung nicht, und ich hoffe, dass auch andere sie nicht verlieren. Und vielleicht, ja, vielleicht gelingt es uns gemeinsam, durch eine Art kollektiv geschaffenes Wunder, das zu verhindern.

#Glenn

Ja, also, bei der aktuellen politischen Führung bleibe ich pessimistisch. Aber ich stimme zu, man sollte nicht... Genau deshalb müssen wir sie stürzen, Glenn Diesen.

#Yanis Varoufakis

Wie bitte? Genau deshalb müssen wir sie stürzen.

#Glenn

Ich wollte auch fragen, ob wir in vorrevolutionären Zeiten leben, aber das beantwortet meine Frage wohl schon. Vielen Dank trotzdem, dass Sie sich die Zeit genommen haben.

#Yanis Varoufakis

Danke.